

WIDDERSTAND BIS ZUR BEFREIUNG





DIESE BROSCHÜRE WURDE ANLÄSSLICH DER ANTIIMPERIALISTISCHEN DEMO AM 12.10.2024 ERSTELLT. SIE SAMMELT EINIGE TEXTE DER BETEILIGTEN GRUPPEN. DIE TEXTE SIND WEDER ABGESCHLOSSEN NOCH WERDEN ALLE KONFLIKTE BELEUCHTET. LASST UNS EIN WEITERES KAPITEL SCHREIBEN, INDEM WIR DAS KAPITALISTISCHE SYSTEM AUCH HIER IN DER SCHWEIZ ANGREIFEN!

IMPERIALISMUS

EINE MARXISTISCHE DEFINITION

Was ist Imperialismus? Es ist die momentane und höchste Form des Kapitalismus, entstanden aus der natürlichen Entwicklung des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise, bei der die Produktionsmittel (wie Fabriken und Maschinen) im privaten Besitz weniger Kapitalist:innen sind, während die Mehrheit, die Arbeitenden gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu überleben. Durch die Ausbeutung der Arbeitenden und den Akkumulationsprozess, d.h. die Verwandlung des erlangten Mehrwerts in neues Kapital, sammelt sich mehr und mehr des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger Kapitalist:innen an.

Mit der Konkurrenz und dem Streben nach Profit werden Unternehmen immer grösser, da sie mehr Waren zu günstigeren Preisen produzieren können, was wiederum kleine Unternehmen verdrängt. Mit der Umwandlung von grossen Unternehmen in Aktiengesellschaften, konzentriert sich die Kontrolle des Kapitals noch mehr und es bilden sich immer grössere Monopole. Sie stehen über der freien Konkurrenz, indem sie die Preise und die zu produzierenden Produktmengen bestimmen können. Somit erzielen sie monopolistische Extraprofite, die ihre Monopolstellung noch weiter sichern. Gleichzeitig konzentriert sich dadurch auch das Kapital der Banken, da die Kreditsummen immer grösser werden, von denen das Industriekapital abhängt. Durch dieses enge Zusammenspiel kommt es zu der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital: zum sogenannten Finanzkapital.

Aus diesen Symptomen des höchsten Stadiums des Kapitalismus wächst der Imperialismus. Da die Märkte im Land übersättigt sind, das Wachstum des konzentrierten Finanzkapitals innerhalb der Landesgrenzen nicht mehr weiter möglich ist und das Monopolkapital aber trotzdem der Notwendigkeit der weiteren Akkumulation unterliegt, wird das Kapital nun nicht mehr in das eigene Land investiert, sondern exportiert. Konkret heisst das, dass zur Ausbeutung der Arbeitenden auf nationaler Ebene nun die noch viel stärkere internationale Ausbeutung von ausländischen Arbeitenden dazukommt.

Die imperialistischen Mächte von heute (vorherrschend die USA, die EU, die Schweiz und all ihre Verbündeten) reissen sich um ihre Einflussgebiete, um die Orte mit den meisten Ressourcen, mit den grössten Ausbeutungs- und politischen Beeinflussungschancen. Diese Kämpfe und die Widersprüche, denen sie Zugrunde liegen, führen zu den Kriegen und Genoziden, die momentan auf der ganzen Welt andauern. Die imperialistischen Länder finanzieren sie zum einen, da sie von der resultierenden Instabilität und dem politischen Einfluss direkt profitieren. Oder sie sind direkt oder in einem Stellvertreterkampf an den Kriegen beteiligt, um ihre Einflussgebiete zu verteidigen.

TEXT VON ORGHAN

NORD-OST SYRIEN & ROJAVA



In Syrien herrscht seit 2011 Krieg, verschiedene Fraktionen kämpfen gegen den Diktator Baschar al-Assad. Der Krieg hat schätzungsweise bereits 500' 000 Menschenleben gefordert und Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Im Nord-Osten von Syrien konnte sich in diesen Kriegswirren ein revolutionäres Projekt durchsetzen, die Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien auch bekannt als Rojava. Der Sieg in Rojava über Assads Truppen, über den Islamischen Staat und der Widerstand gegen die angreifende türkische NATO Armee sind der Beweis, dass es möglich ist mit einer guten Organisationsstruktur und unter unglaublichem Einsatz zu siegen und sich eine eigene Perspektive aufzubauen. Mit dem neuen Gesellschaftsmodell, welches in Rojava in die Praxis umgesetzt wird, ist ein Weg heraus aus patriarchaler Unterdrückung, religiöser und ethnischer Spaltung und kapitalistischer Ausbeutung eingeschlagen. Wir können diesen Weg ebenso mitgehen, indem wir uns wie heute auf der Strasse mit unseren Genoss:innen solidarisieren und ihre Kämpfe sichtbar machen.

Die Grundpfeiler dieser Erfolge sind in der kurdischen Freiheitsbewegung zu finden. Mit ihrem Widerstand gegen den Genozid in Kurdistan seit den 70er Jahren, haben sie wichtige politische und organisatorische Erfahrungen gesammelt. Diese hat es der Bewegung ermöglicht zu Beginn des Bürgerkrieges in Syrien auf ihre Strukturen zurückzugreifen und im richtigen Moment die Macht zu übernehmen und Assads Truppen zu besiegen.

Seit 2016 wird Rojava und all die grossartigen Errungenschaften auch von der Türkei angegriffen und grosse Gebiete wie Afrin oder Serêkaniyê wurden von der Türkei besetzt. Dass die Schweiz trotz diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Türkei weiterhin gute Beziehungen zu Ankara pflegt, zeigt wie heuchlerisch ihr Geschwätz von Menschenrechten und Demokratie sind. Die Schweiz ist auch hier einmal mehr auf der Seite des Aggressors, die Gründe sind klar: Die Türkei ist für die Schweiz ein wichtiger Absatzmarkt und Handelspartner. Da drückt man als Schweizer Regierung gerne mal beide Augen zu.

FÜR UNS IST
KLAR, DURCH DIE
UNTERSTÜTZUNG
ERDOGANS DURCH DIE
SCHWEIZER REGIERUNG
STEHT DER FEIND ALSO
AUCH HIER IN BERN –
IM BUNDESHAUS UND
ÜBERALL WO MIT DEM
FASCHISTEN ERDOGAN
ZUSAMMENGearbeitet
WIRD.

**BEREIT FÜR DEN NÄCHSTEN
SCHRITT? HYUNDAI
LAHMLEGEN! AB JETZT
HEISSTS LAUFEN!**

TEXT VON ORGHAN



Israel nutzt regelmässig Hyundai-Bagger, um die Häuser palästinensischer Familien sowie Brunnen und Zisternen in der Westbank zu demolieren. So stellt der Staat sicher, dass die Palästinenser:innen, die sie aus ihrer Heimat vertreiben, nichts mehr haben, wohin sie jemals zurückkehren könnten. Mehrere solche Demolitionen wurden zwischen 2019 und 2023 dokumentiert. Spezifisch hat Amnesty International im Jahr 2023 gleich fünf solche Demolitionen in Masafer Yatta dokumentiert – dort machten israelische Streitkräfte gleich mehrere Gebäude dem Erdboden gleich und deplazierten so mindestens 15 Palästinenser:innen, darunter sechs Kinder.

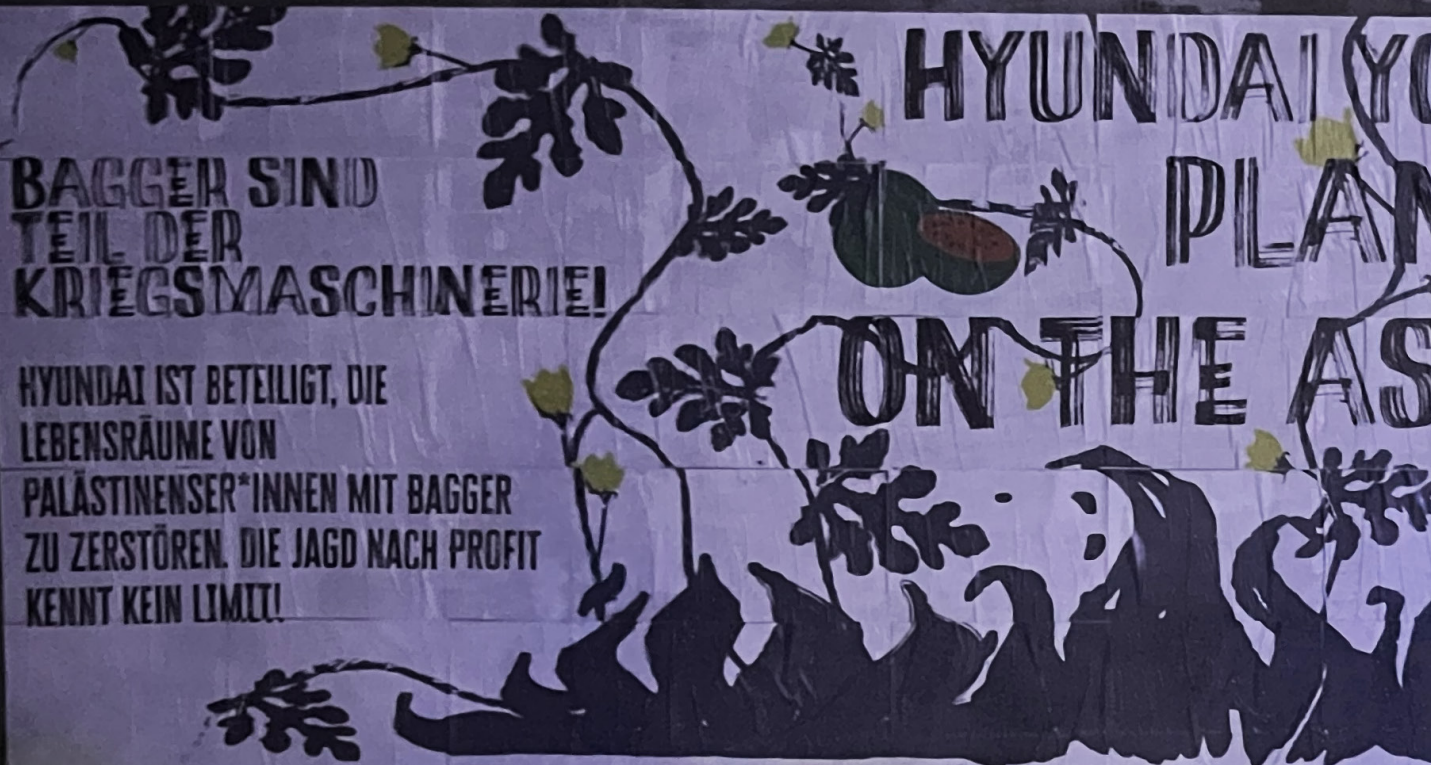
Damit konfrontiert äusserte der Konzern, sie seien „nicht in israelische Siedlungsaktivitäten involviert“ – ein Witz, da schon kurze Recherchen zeigen, dass Bagger dieser Art mit grosser Wahrscheinlichkeit für genau solche Vertreibungsaktionen genutzt werden, wenn man sie an den israelischen Staat verkauft.

Hyundai ist also ein weiteres Beispiel von vielen dafür, dass Konzerne nunmal kein Gewissen haben – ein verkaufter Bagger mehr bedeutet mehr Geld im Sack des CEOs, da interessiert kein Schwein, dass die ganze Lebensgeschichte und Existenz einer palästinensischen Familie damit eingestampft wird.

Hyundai hat es seit dem Rüffel von Amnesty International aber nicht dabei belassen – im Gegenteil. In den vergangenen Monaten haben Quellen vor Ort weitere Demolitionen dokumentiert. Foto- und Videomaterial siehe unten. Somit ist Hyundai ein aktiver Profiteur der aktuellen genozidalen Kampagne des israelischen Staates gegen die palästinensische Bevölkerung, die im vergangenen halben Jahr immer weiter an Grausamkeit zugenommen hat.

In Kriege involviert sind nicht nur Waffenfirmen wie RUAG, Saab oder Rheinmetall, sondern verschiedenste Konzerne, von Viktorinox aus Ibach über STMicroelectronics aus Genf bis zu u-blox aus Thalwil. Alle drei produzieren direkt Teile, die in den kriegsführenden Armeen der Kriegsverbrecher wie Putin, Erdogan und Netanjahu eingesetzt werden. Weiter hat die Schweiz eine Pole-Position im Bezug auf Geldflüsse und Rohstoffhandel inne. Wenn wir alle schweizer Unternehmen mit Dreck am Stecken aufzählen möchten, bräuchten wir Bücher. Trotzdem hier ein paar ganz hässliche schweizer Unternehmen: Glencore, Nestle, Vitol, Gunvor, UBS, Trafigura, Vivalon...

Sie alle profitieren, wenn Menschen sinnlos abgeschlachtet werden. Denn: Krieg ist profitabel, egal ob in Kurdistan, der Ukraine oder in Palästina. Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass Kriege ein Unglück sind, welches anderen Menschen einfach so widerfährt. Krieg ist ein Mittel für die Konzerne, von denen viele in der Schweiz ansässig sind, ihre Profite zu maximieren. Das sind Konzerne, für die unsere Onkel und Cousinen arbeiten, Konzerne, welchen unser Staat immer wieder Steuersenkungen nachschmeisst, um sich bei ihnen gutzustellen. Und nicht zuletzt kommen viele dieser Unternehmen aus den technischen Hochschulen wie der ETH oder der EPFL hervor. Unser Leben in der Schweiz ist untrennbar verwoben mit der schweizer Kriegsmaschinerie – und die lauert in fast allen Branchen.

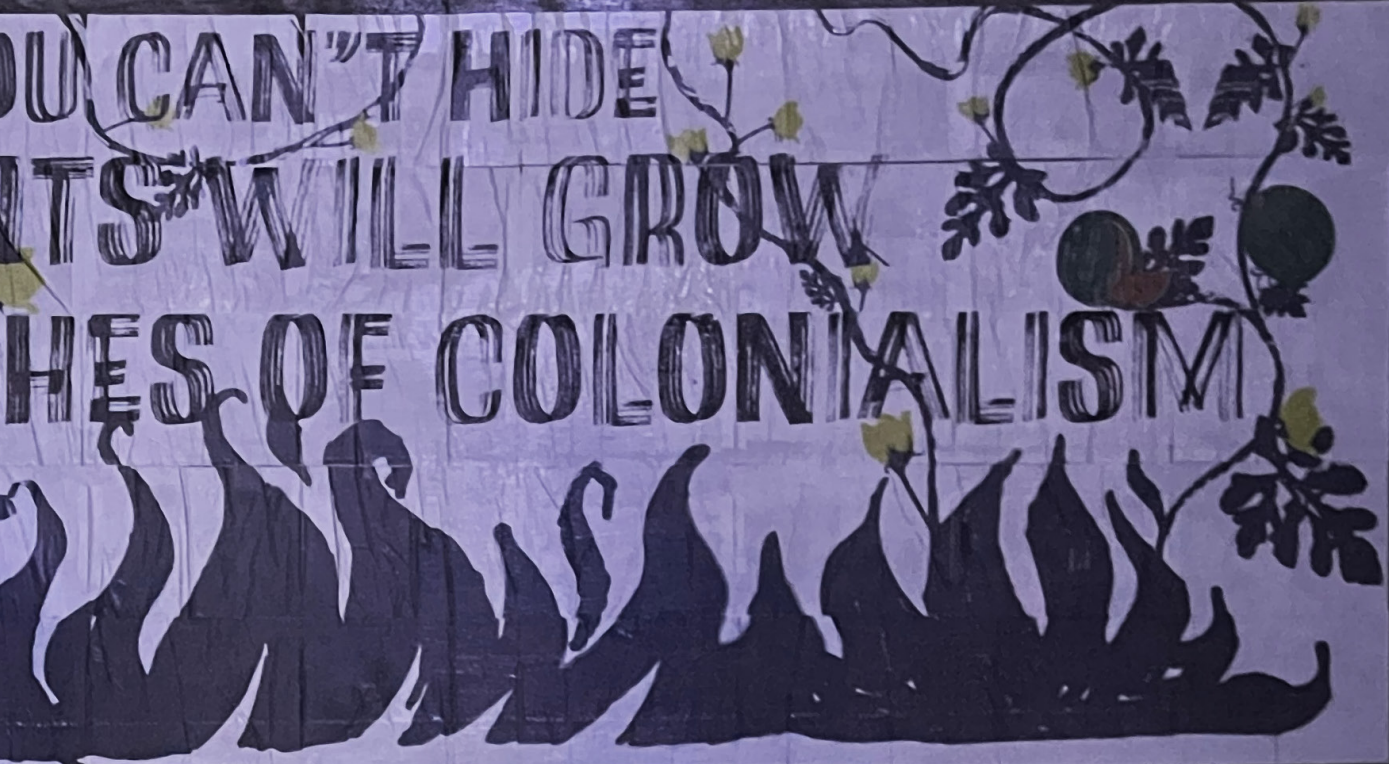


**BAGGER SIND
TEIL DER
KRIEGSMASCHINERIE!**

**HYUNDAI IST BETEILIGT, DIE
LEBENSÄUME VON
PALÄSTINENSER*INNEN MIT BAGGER
ZU ZERSTÖREN. DIE JAGD NACH PROFIT
KENNT KEIN LIMIT!**

**HYUNDAI (YO
PLAN
ON THE AS**

YOU CAN'T HIDE
IT'S WILL GROW
THES OF COLONIALISM



KANAKY

TEXT DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND BERN

Kanaky (Neukaledonien) ist eine im Pazifik gelegene Insel, die seit 1853 unter französischer Kolonialherrschaft steht. Etwa 40 % der Bevölkerung sind indigener Abstammung, wobei nach dem aktuellen Recht alle Personen wahlberechtigt sind, die 1998 im Wahlregister standen, sowie deren Kinder im Wahlalter.

In den letzten Jahren konnte die Unabhängigkeitsbewegung wieder an Einfluss gewinnen und wachsen. Die Unabhängigkeitsbestrebung stellt eine Gefahr für Frankreichs Einflussnahme im pazifischen Raum dar. Um diese Gefahr endgültig zu beseitigen, wurde in Frankreich ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung Kanakys eine Verfassungsänderung beschlossen, die vorsieht, das Wahlrecht auszuweiten.

Die Wahlrechtsreform würde ermöglichen, dass alle wählen dürfen, die seit zehn Jahren in Kanaky wohnhaft sind. Das wären 25.000 zusätzliche Wahlberechtigte, was fast einem Zehntel der Gesamtbevölkerung entspricht. Die neuen Wähler:innen wären überwiegend französische Siedler:innen, was ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluss stärken und somit zugunsten Frankreichs ausfallen würde. Die Annahme dieser Verfassungsänderung würde darauf hinauslaufen, dass jede Möglichkeit eines demokratischen Weges zur Dekolonialisierung für Kanaky verhindert wird.

Dies führte zu einer Protestbewegung gegen diese Wahlrechtsreform. Diese wird von Frankreich mit extremer Repression unterdrückt. Frankreich hat Truppen eingeflogen und die sozialen Medien zensiert; TikTok wurde sogar ganz gesperrt. In einer Situation, die an den Unabhängigkeitskrieg in Algerien erinnert, bewaffneten sich Siedler:innen und gingen – in Milizen zusammengeschlossen – gewaltsam gegen die Unabhängigkeitsbewegung vor. Diese Gewalt hat bereits zu hunderten von Verletzten und sieben Toten geführt.

Die Kommunistische Jugend Schweiz zeigt sich solidarisch mit den Forderungen der kanakischen Bevölkerung.

**SCHLUSS MIT DER GEWALTTÄTIGEN
REPRESSION GEGEN DEMONSTRANT:INNEN!
NIEDER MIT DER KOLONIALHERRSCHAFT!**

FREIHEIT FÜR KANAKY!

Kanaky ist nach wie vor eines der letzten Gebiete unter französischer Kolonialherrschaft, in dem die antiimperialistische indigene Bevölkerung der Kanak ihren langjährigen Kampf um Selbstbestimmung fortsetzt. Die derzeitige Situation spiegelt ein breiteres Muster des westlichen Kolonialismus wider, der indigene Völker historisch marginalisiert hat, indem er ihre Länder für Ressourcen ausgebeutet und ihnen gleichzeitig echte Autonomie verweigert hat. Der französische Staat hält bis heute die Kontrolle über Kanaky durch eine Kombination aus militärischer Gewalt, wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer rassistischer Manipulation aufrecht. Die pro-französische Bevölkerung, die sich hauptsächlich aus europäischen Siedler*innen und deren Nachkommen zusammensetzt, verfügt über einen erheblichen wirtschaftlichen Einfluss und profitiert von französischer Finanzhilfe, während die Kanak systematisch diskriminiert und von wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden.

Der 24. September markiert den 171. Jahrestag der Kolonisierung des Gebiets durch Frankreich. Im Jahr 2024 hat die französische Repression in Kanaky mindestens 13 Menschen das Leben gekostet. Diese Repression und der Rassismus, die die Kanak treffen, setzen sich in den Gerichten fort. Allein im Mai und Juni 2024 wurden 1102 Personen in Gewahrsam genommen, es gab 164 Vorführungen, 94 Personen, die in Schnellverfahren verurteilt wurden und 73 Inhaftierungen. Die Repression verschärfte sich, nachdem sich Kanak-Aktivist*innen an Widerstandsaktionen und Riots beteiligten, bei denen die französischen GIGN-Kräfte (Interventionsgruppe der Nationalen Gendarmerie) im September 2024 zwei weitere Aktivist*innen töteten. Die Repression umfasst auch Ausgangssperren, Blockaden und Verhaftungen.

Der Kampf für die Selbstbestimmung der Kanak ist Teil eines umfassenderen globalen Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und die Ausbeutung indigener Völker. Koloniale Staaten auf der ganzen Welt ebnen weiterhin den Weg für rassistische rechtsextreme Ideologien und versuchen, Bewegungen zu spalten, die das Ende der Kolonialisierung fordern.

TEXT VON ORGHAN



UKRAINE

Seit mehr als 10 Jahren herrscht in der Ukraine Krieg. Die Grossmachtfantasien von Putin haben zur Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 geführt, danach folgten immer weitere Landnahmen der russischen Truppen in Teilen der Oblaste Charkiv, Cherson, Saporischschja, Mykolajiw und Luhansk sowie Donezk. Seit 2014 führt die Russische Föderation unter Putin gegen die Ukraine einen Krieg, der bereits rund 40'000 Zivilist:innen das Leben kostete, die meisten davon starben in den vergangenen 2 1/2 Jahren seit Russland den Krieg auf die ganze Ukraine ausgeweitet hat. Ungefähr gleich viele wurden durch den Krieg verletzt, ganz zu schweigen von den psychischen Auswirkungen eines solchen Angriffskriegs. Gut 18% des offiziellen ukrainischen Territoriums sind unter der militärischen Besetzung russischer Truppen. Dies hat knapp 14 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, rund 8 Millionen davon haben die Ukraine verlassen.

Auch in diesem Krieg spielen imperialistische Interessen und nationalistische Ideologien eine grosse Rolle. Einerseits kann sich Putin mit dem Krieg ein grosses Einflussgebiet sichern, mit dazugehörigen Ressourcen und Handelswegen, also reines profitgetriebenes Kriegsinteresse. Andererseits träumt Putin auch von den alten Grenzen der Sowjetunion, der verblassten Grossmacht und nationalistischer "ein Volk"-Tradition. Ein Sieg über die Ukraine würde ihm symbolisch viel bedeuten. Durch die konstruierte externe Bedrohung, die Putin hochstilisiert, versucht er zudem die nationale Einheit, welche durch Wirtschaftskrise und schlechte Zukunftsperspektiven für den Grossteil der Bevölkerung brüchig ist, wieder zu kitten. Ein weiterer Aspekt, welcher auch hierzulande in pro-russischen Parolen Widerhall findet, ist die Mär, es gehe um den

NATO Beitritt der Ukraine. Das beste Argument, um diese Mär zu widerlegen, ist der Krieg an sich, denn was bringt die Ukraine schneller als alles andere zur NATO? Genau, ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands. Doch auch die NATO hat kein ernsthaftes Interesse an einem Frieden in der Ukraine. Denn den NATO Staaten – allen voran den USA – kommt es sehr gelegen, wenn Russland sich an Drittstaaten verausgabt und seine Ressourcen verbrennt. Nämlich denkt man bereits weiter und ein geschwächter, imperialistischer Gegner bringt Vorteile, wenn es beispielweise mit China oder dem Iran in einen weiteren Krieg geht. Ausserdem schwächt er die Wirtschaftsleistung Russlands allgemein.

Für Russland ist der Krieg keine grössere Belastung, solange die Soldaten des Kanonenfutters in ländlichen Regionen und unter den ärmsten Gesellschaftsschichten rekrutiert werden können und solange sich die inländischen Proteste nur auf Sparflamme zeigen.

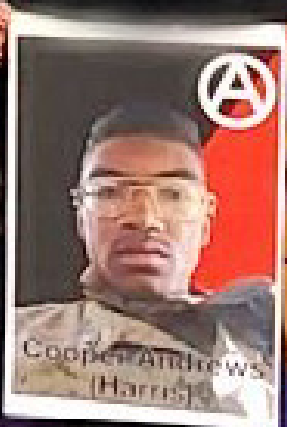
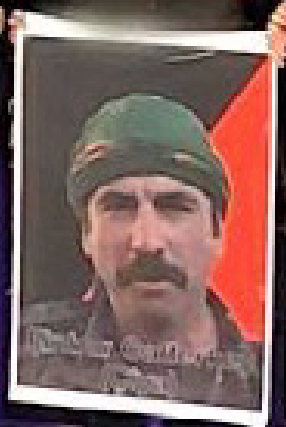
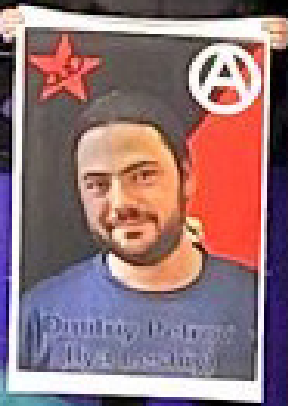
Doch es gibt Hoffnung, denn am Schluss sind es die Menschen, welche die Geschichte schreiben. Und diese Menschen schliessen sich unter dem Kriegszustand zusammen, sie organisieren sich und sie lernen sich gegenseitig zu helfen. So ist etwa aus der radikalen Linken das Solidarity Collectives entstanden, eine Organisation die von Frontunterstützung für linke, antifaschistische und revolutionäre Kräfte bis zur Fluchthilfe für Deserteure vieles organisiert und unterstützt. Zudem hat die Bevölkerung ein kollektives Gedächtnis und sie erinnert sich an den Sieg auf dem Maidan. Sie weiss also, dass man gewinnen kann und sie realisiert auch, wer sie im Moment im Stich lässt. Die akute Bedrohung und somit Feind Nummer 1 ist klar Putin



und die russische Armee. Aber auch die NATO und die westlichen Staaten werden zusehends als das gesehen was sie sind, nämlich Kriegsprofiteure aus den Schultern der Menschen in der Ukraine. Eine freiheitliche Perspektive kann nur kommen, wenn Putin vernichtend geschlagen wird und die Menschen in der Ukraine ohne Schuldenlast und NATO-Diktat ihre

Häuser und Dörfer wieder aufbauen und ihre Leben, wie vor dem Krieg, selbstbestimmt und frei leben können.





Ich bin fester Überzeugung, dass der Kampf für Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung eine der wertvollsten Aufgaben ist, mit denen der Mensch sein Leben füllen kann.

"Leshy", Dima Petrov

RESOLUTION PALÄSTINA

Dieser Text wurde vor den Ereignissen des 07. Oktober 2023 geschrieben und ist somit unvollständig. In der Zwischenzeit ist die Gewalt noch weiter eskaliert und die Situation ändert sich konstant. Was uns der Krieg aber offenlegt, ist die Wichtigkeit, sich mit Palästina auseinanderzusetzen. Die genozidale Gewalt der zionistischen Besatzung, die momentan von der ganzen Welt erkennbar ist, ist eines der grössten Verbrechen an der Menschheit.

Dieser Text untersucht die Geschichte des israelischen Staates in Palästina, wie die heutige Situation entstanden ist und welche Interessen hinter der Politik Israels stehen. Der Zionismus hat sich, durch die Interessen von Weltmächten, zum israelischen Staat in Palästina, wie wir ihn heute kennen, entwickelt und dient dabei auch heute noch dem Imperialismus als ein Werkzeug zur Sicherung von Einflussgebieten und Interessen in der Region.

Israel funktioniert als eine bewaffnete Macht in einer geostrategisch sehr wichtigen Region, die von den USA ausgerüstet und finanziert wird. Untrennbar von seiner Existenz ist Siedlerkolonialismus und eine konstante Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung, die sich in einem Apartheidsystem ausdrückt.



VOLLTEXT HIER VERFÜGBAR



DER KAMPF FÜR EIN FREIES
PALÄSTINA BEDEUTET
UNWEIGERLICH, DEN KAMPF
GEGEN DEN KAPITALISMUS
IN ALL SEINEN FORMEN ZU
FÜHREN.



EZLN

Dreissig Jahre ist es mittlerweile her, seit die EZLN in die Offensive ging und mehrere Bezirkshauptorte besetzte. Am 02. Januar 1994 verlas Subcommandante Marcos die „Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“ und erklärte darin in 13 Forderungen die Gründe für den Kampf der Zapatistas. Die Kämpfe der Zapatistas stehen dabei in einer Reihe mit weiteren Kämpfen von Indígenas in ganz Lateinamerika für mehr Befreiung. Seit dem Aufstand vor dreissig Jahren haben die Zapatistas ihren Kampf für autonome Gemeindestrukturen und Selbstbestimmung konsequent weitergeführt. Es wurden Gesundheitsposten und Kliniken gebaut, autonome Schulen gegründet, Kurse in Biolandbau gegeben und Produkte der Landwirtschaft lokal und international gemeinsam vermarktet. Die autonomen Regierungsstrukturen sprechen Recht, vermitteln bei Konflikten und verwalten ganze Regionen. Sie haben dabei mit zwei Haupthindernissen zu kämpfen: Die fehlende Anerkennung von Seiten des Staates und als Folge davon das Fehlen aller Zuschüsse für diese verarmten Regionen.

Auch im Kampf gegen das Patriarchat nehmen die Zapatistas eine Vorreiterrolle ein. Gewalt gegen FLINTA und Femizide sind in Mexiko trauriger Alltag. Bereits 1993 verfassten die Frauen der EZLN das „Revolutionäre Frauengesetz“, über das die Bevölkerung in den Dörfern abzustimmen hatte und dieses annahm.

Die Zapatistas und ihre Errungenschaften waren dabei in den vergangenen dreissig Jahren immer wieder verschiedensten Angriffe sowohl durch den mexikanischen Staat wie auch durch kriminelle Banden ausgesetzt. In den letzten zwei Jahren hat die Gewalt jedoch enorm zuegenommen. Durch die Präsenz der Drogenkartelle verschärfen sich die seit langem bestehenden Konflikte um Land. Für die Kartelle geht es dabei unter anderem um die Kontrolle des „Handels“ mit Migrant:innen, ein Geschäft, das teilweise mehr einbringt, als der Drogenhandel. Daneben verfolgt das Militär und die mexikanische Regierung ihre eigenen Agenda mit zahlreichen Infrastrukturprojekten in der Region.



Der steigende Druck auf die Zapatistas und die eskalierende Gewalt hat dazu geführt, dass sich die Organisation vor knapp einem Jahr neu strukturiert hat. Die alten Strukturen wurden aufgelöst und neu organisiert. Dort, wo sich zapatistische Unterstützungsbasen befinden, sollen lokale Autonome Regierungen gegründet werden, die der Kontrolle der jeweiligen Versammlungen der Dörfer, Gemeinden oder Stadtviertel unterliegen und für die Befriedigung der lokalen Bedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Ernährung und Justiz verantwortlich sind. Ziel der neuen Strukturen und der nächsten Etappe des Zapatismus soll die "Nicht-Besitznahme" des Landes sein.

Wiedergewonnenes Land soll "Gemeingut" werden, in dem es weder Kommissionäre noch Agenten noch Unternehmen noch Ejidal-, Staats- oder Bundesbehörden gibt, sondern "nur die Menschen, die diese Ländereien bearbeiten und sich um sie kümmern. Und sie verteidigen." So erklärte Subcommandante Moisés die neue "Nicht-Besitznahme" des Landes wie folgt: "Ein Teil des zurückgewonnenen Landes wird als 'Gemeinschaftsarbeit' deklariert. Das heißt, es ist nicht parzelliert und gehört niemandem, weder kleinem, noch mittlerem, noch großem Eigentum. Dieses Land gehört niemandem, es hat keinen Eigentümer. Und in Absprache mit den umliegenden Gemeinden 'borgen' sie sich das Land gegenseitig, um es zu bewirtschaften".

Die Zapatistas stehen also zwar stark unter Druck und die Gewalt nimmt nicht ab. Trotzdem versuchen die Zapatistas weiterhin, ihren Weg der indigenen Selbstbestimmung und autonomen Selbstverwaltung weiterzuführen und entwickeln diesen stetig weiter. Damit stehen sie für uns als hoffnungsvolles Leuchtfeuer auf einem Kontinent, der immer noch stark durch seine alten koloniale Vergangenheit, rechtsextremen Regierungen und gravierenden machistischen Strukturen geprägt ist.



SUDAN

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die angespannte Situation im Sudan zu einem brutalen Bürgerkrieg entwickelt, der zehntausende zivile Opfer forderte. Die ehemaligen Verbündeten im Militärputsch 2021 stehen sich nun als blutige Feinde gegenüber. Kriegsverbrechen von beiden Konfliktparteien stehen auf der Tagesordnung und es wurden mehr als 8 Mio. Menschen vertrieben.

Während die Sudan Armed Forces (SAF) ihre durch den Putsch erreichte Macht mit allen Mitteln zu erhalten

versucht und dabei nicht vor der Bombardierung ziviler Ziele zurückschrecken, massakrieren die Rapid Support Forces (RSF) Menschen nicht-arabischer Ethnien und wenden systematisch sexualisierte Gewalt als Kriegsmittel an. Inmitten des Kriegs versucht die Bevölkerung, die beim Revolutionsversuch 2018 erkämpften Errungenschaften und Fortschritte zu verteidigen. Die Bedingungen dafür sind härter denn je: Neben staatlicher Repression und Gewalt nehmen Angriffe von Paramilitärs auf zivilgesellschaftliche



Strukturen zu. Gerade Frauen- und Jugendorganisationen aber auch Gewerkschaften, die seit Jahren das Rückgrat der revolutionären Kämpfe bilden, werden zur Zielscheibe.

Die Versorgungslage im Land ist zudem katastrophal. Gesundheitssystem, Strom- und Wasserversorgung sowie Internet und Telefonnetze sind aufgrund zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit der RSF ausser Kraft oder stark reduziert. Der Bevölkerung wird das Nötigste entzogen, um sie zu demoralisieren und zu brechen. Dem halten nach wie vor die nachbarschaftlichen Widerstandskomitees und "Notaufnahmen", die dezentral und basisdemokratisch die Grundversorgung der Bevölkerung organisieren, entgegen. Weiterhin bestehen auch bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten, in denen auch Frauen die Angriffe auf ihre Strukturen und Communities abwehren. Die gewonnenen Organisierungs- und Kampferfahrungen im Aufstand gegen Diktator Omar al-Bashir haben sich ins kollektive Gedächtnis der sudanesischen Bevölkerung eingeschrieben. Das Bewusstsein über die Verbrechen des britischen Kolonialismus und des Genozids in Darfur sind allgegenwärtig.

Damit ein Ende der Gewalt erkämpft werden kann, muss die Bevölkerung sich weiter organisieren und den Widerstand sowie die begonnene Revolution fortführen. Das letzte Wort der revolutionären Bewegung ist noch nicht gesprochen und es ist unsere Pflicht als Linke auf der ganzen Welt, diesen Kampf nach Kräften zu unterstützen. Wenn wir mithelfen wollen, die Revolution im Sudan zu

einem erfolgreichen Ergebnis zu führen, müssen wir eine internationale Solidaritätsbewegung aufbauen.

Wie viele andere afrikanische Länder auch ist der Sudan von globalem Interesse. Beide Konfliktparteien stehen unter dem Einfluss imperialistischer Mächte, die sich jeweils geopolitische Vorteile in der Region sichern wollen. Vor allem die UAE, Ägypten, Saudi-Arabien, China, Russland, die EU und die USA haben ihre Finger im Spiel.

Es geht dabei um Profite mit Goldminen, Ölquellen und Landwirtschaft, um die Verteidigung und den Ausbau von Handelswegen, um Geflüchtetenströme aber auch um dreckigere Geschäfte wie Drogenschmuggel und Menschenhandel. Als Beispiel: Die EU finanzierte mit ihrer skrupellosen Migrationspolitik die RSF Söldner indem sie 46 Millionen in Sudan "investierte", um Menschen an ihrer Flucht Richtung Europa zu hindern.

Die Verkettung weltweiter Widersprüche erfordert den Internationalismus. Mit einer konsequent anti-imperialistischen Position finden wir viele Anknüpfungspunkte für unsere Solidaritätsarbeiten. Der revolutionäre Geist jener Kräfte im Sudan, die ihren Kampf trotz allem fortführen, ist nicht zu brechen. Das kann für die stagnierte Linke hierzulande eine grosse Inspiration sein. Internationale Solidarität und Antiimperialismus sind keine mühselige Pflichten, sie bieten uns Chancen und Perspektiven, die Kämpfe hier zu entwickeln.

WAS TUN?

NESTLÉ BEUTET AUS
NESTLÉ TÖTET FÜR PROFIT
UND DAS SEIT 1867

VOLLTEXT HIER VERFÜGBAR
ORGHAN.CH



Die Schweiz ist als wichtiger Finanzplatz Dreh- und Angelpunkt in all diesen Kriegen und Konflikten. Die Schweiz profitiert nicht erst seit Hitler von Vertreibung, Krieg und Genozid. Bereits in der Kolonialzeit profitierte die herrschende Klasse, und indirekt auch die schweizer Bevölkerung von Sklaverei und Raubzügen ausserhalb Europas. Das schweizer Bankenwesen, schweizer Versicherungen und schweizer Unternehmen haben alle ihre Wurzeln in Ausbeutung und Unterdrückung. Der Glaube an die "fleissigen Vorfahren" ist zwar nicht zwingend falsch, wird aber schnell zum Irrglauben, wenn man annimmt, dass fleissig sein alleine zu einem so immensen Reichtum führte, wie wir ihn heute in der Schweiz sehen können. Mit Fleiss hat das nichts zu tun, das ist nur ein nationalistisches Märchen, das uns ruhig schlafen lassen soll.

Die Schweiz profitierte und profitiert vom Morden, Vertreiben und Zerstören auf der ganzen Welt. Sei dies der Goldhandel mit Raubgold aus aller Welt, seien es die schweizer Rohstofffirmen mit ihrem Raubbau und Naturzerstörung, seien es die schweizer Pharmakonzerne welche mit Monopolen unmengen verdienen und den allergrössten Teil der Menschheit von den Produkten ausschliesst, seien es die schweizer Banken mit ihren dreckigen Oligarchen und Diktatorengeelder, sei es die schweizer Bourgeoisie selbst, mit ihrer Ausbeutergeschichte in Apartheid-Südafrika, mit ihrem Raubgold dank Hitlerdeutschland oder ihrem Startkapital dank Kolonialismus und Sklavenhandel, sei es die

scheinheilige Maschinenindustrie, mit ihren Dual-Use Gütern oder die schweizer Luxusmarken an den Handgelenken der grössten Verbrecher der Welt oder seien es all die Waffenfirmen mit ihrer Präzision zum Töten... Die Liste könnte noch lange fortgeführt werden.

All das bringt uns zur Überzeugung, dass wir hier in der Schweiz angreifen müssen! Wir wollen nicht helfen, wir wollen kämpfen! Denn Helfen bedeutet weiterhin oben zu sein, weiterhin von all der Gewalt zu profitieren, nur mit einem ruhigeren Gewissen – das reicht uns nicht. Wir wollen mit dem System brechen, wir wollen von unseren Geschwistern auf der ganzen Welt lernen, uns an ihre Seite stellen! Kein:e Kapitalist:in, Oligarch:in oder Diktator:in soll in der Schweiz noch ruhig schlafen können. Kein Gold aus Raubbau, kein Hedgefond aus Versklavung und kein Profit aus Krieg soll in der Schweiz noch trocken gebunkert werden können. Suchen wir nicht länger, sondern organisieren wir uns jetzt, hier und revolutionär!

WERDEN WIR ZUM
REVOLUTIONÄREN
ALBTRAUM IM
REAKTIONÄREN
ALPÖHILAND!



